

Die amerikanische Unterstützung verurteilt er scharf. Dies sende eine Botschaft aus, dass die USA de facto Großserbien, Großkroatien und

Großalbanien als Optionen einer Prosperität in der Region verfolgten.⁶

6 www.justsecurity.org/79176/us-focus-on-open-balkan-economic-project-risks-open-season-instead/

19. Frankfurter Medienrechtstage 2022 Der öffentlich-rechtliche Rundfunk – Ein Grundpfeiler der Demokratie?

Veranstalter: Studien- und Forschungsschwerpunkt Medienrecht an der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) / Südosteuropa-Gesellschaft e.V. / Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. / mit freundlicher Unterstützung der Märkischen Oderzeitung
Ort: Frankfurt (Oder), 1./2. Dezember 2022

Bericht von Christina Christidou, Frankfurt (Oder)

Das etablierte Forum „Frankfurter Medienrechtstage“ gab 2022 gleich zweimal die Möglichkeit zu Gesprächen und zum Austausch über die Arbeit und die Lage der Medien in Südosteuropa und im Kontext und Vergleich dazu die Situation der Medien in Deutschland. Zentral war bei diesem Treffen die Frage, ob der öffentlich-rechtliche Rundfunk ein Grundpfeiler der Demokratie ist. Begrüßt wurden die Teilnehmer*innen von der geschäftsführenden Präsidentin der Europa-Universität Viadrina, Prof. Dr. Eva Kocher, dem Leiter des Medienprogramms Südosteuropa der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Hendrik Sittig, sowie dem Präsidiumsmitglied der Südosteuropa-Gesellschaft e.V., Prof. Dr. Claudia Weber.

Die Referent*innen und Diskussionsteilnehmer*innen beschränkten sich während der Tagung nicht darauf, lediglich Bericht über die Situation des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu erstatten oder über diese zu diskutieren, sondern hoben klar und deutlich auch die Schwierigkeiten hervor. Unzureichende Finanzierung, korrupte Strukturen oder die politische Verfolgung von Journalist*innen waren dabei nur einige der genannten, immer wieder auftretenden Probleme, welche die Länder Südosteuropas zu bewältigen haben. Unter solchen Umständen, so die einhellige Meinung, werde es immer wichtiger, über die Rolle des öffentlich-rechtli-

chen Rundfunks in ganz Europa gemeinsam zu diskutieren. Er sei ein wesentlicher Bestandteil der Demokratie und habe den Erwartungen der demokratischen Öffentlichkeit gerecht zu werden. Wie man zu einer ausgewogenen und sachlichen Berichterstattung gelangt und die Position des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Deutschland und Europa festigt, wurde mit Medienexpert*innen, Medienrechtler*innen und Journalist*innen aus Deutschland und Südosteuropa in Beiträgen und Diskussionen erörtert.

Tag Eins: Rechtliche und tatsächliche Stellung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Südosteuropa

Im ersten, von Prof. Dr. Claudia Weber moderierten Panel wurde über die rechtliche und tatsächliche Stellung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Albanien, Montenegro und Kosovo berichtet. Den Auftakt machte Dr. Brikena Kasmi aus Tirana als Vertreterin Albaniens. Sie beschrieb ausführlich die Höhen und Tiefen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in ihrem Heimatland und das nur geringe Vertrauen der Bevölkerung in die Medien. Die auftretenden Finanzierungsschwierigkeiten im Rahmen des Wandels hin zu einer Privatisierung der öffentlichen Einrichtung stellten neben dem geringen Stellenwert der Meinungsfreiheit ein wesentliches Problem dar. Die Berichterstattung sei zwar aktuell ausbalancierter als früher und die

vorherrschenden Strukturen seien nun weit mehr darauf fokussiert, die Öffentlichkeit tatsächlich zufriedenstellend zu informieren, doch noch immer seien die ausgestrahlten Inhalte durch die Politik gelenkt, obgleich es geeignete und fähige Wissenschaftler*innen und Journalist*innen im Land gäbe. Kasmi bekräftigt in ihrem Beitrag, dass Albanien über geeignete Bestimmungen hinsichtlich des öffentlich-rechtlichen Rundfunks im Land verfüge, diese sich jedoch in ihrer tatsächlichen Umsetzung für Albanien noch immer als schwierig erwiesen.

Über Montenegro berichtete *Goran Đurović* aus Podgorica, dass vor allem die Freiheit und Unabhängigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks für das Land von entscheidender Bedeutung sei. Ohne ein unabhängiges Schlüsselgremium gäbe es kein professionelles und unabhängiges öffentlich-rechtliches Medienangebot. Dank der EU habe sich Montenegro jedoch in den vergangenen Jahren gut weiterentwickelt. Zu beklagen sei die Tatsache, dass auch in Montenegro die Berichterstattung weitgehend von politischen Parteien gelenkt wird. Die politische Einflussnahme müsse zukünftig, auch wenn dies eine große Anstrengung voraussetze, limitiert werden. Dies könne nur gelingen, wenn Richtlinien geschaffen würden, welche die politische Einflussnahme regulierten. Angesichts dessen ist Montenegro zwar insgesamt in einer stabilen Lage, jedoch gelte es, rasch zu handeln, um die Freiheit der Berichterstattung künftig weiter zu fördern.

Als dritte Referentin beschrieb *Hyrije Mehmeti* aus Pristina die Situation in Kosovo und legte dar, dass dort die Finanzierung einer der größten Missstände sei. Es existierten bereits unterschiedliche TV- und Radiosender in verschiedenen Sprachen. Allerdings gäbe es noch keine Regulierung für die Onlinemedien. Die Unabhängigkeit der Institutionen sei zwar gesetzlich geregelt, jedoch entspreche dies nicht der tatsächlichen Praxis. Vielmehr werde weiterhin von politischen Parteien quasi durch die Hintertür großer Einfluss auf die Inhalte genommen, da der Staat bis zu 88 Prozent der Kosten finanziere. Lediglich 12 Prozent der Kosten seien durch Werbeeinnahmen gedeckt. Es habe zwar eine kurzzeitige Rundfunkgebühr von 3,50 EUR gegeben, welche die Bevölkerung jedoch nach

kurzer Zeit nicht mehr zu tragen bereit war. Längst nicht alle Menschen verfügten überhaupt über einen Zugang zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Viele seien deshalb nicht bereit, einen allgemeinen Rundfunkbeitrag zu akzeptieren. Somit verfüge Kosovo zwar über eine gute Grundlage für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk als Qualitätsmedium; diese könne jedoch durch die mangelnde Finanzierung langfristig nicht ausgebaut werden.

Im zweiten, von *Hendrik Sittig* moderierten Panel beschrieb zunächst *Cristina Durnea* aus Chisinau die Situation in der Republik Moldau. Sie berichtete, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk dort äußerst populär sei, da er im Vergleich zum privaten Rundfunk besonders verlässliche Informationen biete. Allerdings gebe es gleichwohl erhebliche Zweifel hinsichtlich seiner Inhalte. Diese seien oft politisch motiviert, und es wäre in der Vergangenheit häufig zur Zensur seitens des Topmanagements gekommen. Erst eine daraufhin eingeführte Reform habe diesen Umstand verbessern können. Zukünftig müsse auch die Republik Moldau dafür Sorge tragen, dass die Finanzierungsquellen variieren und die Qualität der Inhalte verbessert wird, sodass ein positiver Wandel in der Medienlandschaft bewirkt werden kann.

Anschließend skizzierte *Emil Georgiev* aus Sofia die Situation des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Bulgarien. Er betonte die positive Entwicklung dort, machte aber auch deutlich, dass insbesondere im Bereich der Onlinemedien noch viel aufzuholen sei. Es gäbe noch immer keine Apps des öffentlich-rechtlichen Rundfunks für mobile Endgeräte. Diese müssten jedoch zügig eingeführt werden, um dem Zeitgeist zu entsprechen und die Zugänglichkeit der Inhalte noch weiter zu steigern.

Aneta Andonova aus Skopje berichtete aus Nordmazedonien, dass die Medien und die Gesellschaft einander bedingen und deren Freiheit eine der wichtigsten Voraussetzungen für ein Fortbestehen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist. Laut Gesetz sei der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Nordmazedonien von der Regierung unabhängig. Dies sei aber in der Realität so kaum umgesetzt. Traditionelles Fernsehen habe es in Zeiten von Digital- und

Social-Media ausgesprochen schwer. Es brauche insgesamt eine bessere und stabilere Finanzierung und einen umfangreichen politischen Willen, um die guten Vorsätze auch zu implementieren. Andonova betonte, dass Nordmazedonien auch in Zukunft bemüht sein wird, ein stabiles öffentliches Rundfunkangebot zu bieten und weiterzuentwickeln.

Im dritten, von *Ralitsa Stoycheva*, Projektkoordinatorin im Medienprogramm Südosteuropa der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. moderierten Panel informierte zunächst Dr. *Liana Ionescu* aus Bukarest über die Lage der Medien in Rumänien. Sie beschrieb den dort andauernden Kampf des öffentlich-rechtlichen Rundfunks um die Unabhängigkeit von der Politik. Die Strukturen des Rundfunks seien leider noch immer eng mit der jeweiligen Regierung verflochten. Auch hier sei die Unabhängigkeit des Rundfunks immerhin rechtlich gesichert, jedoch würden immer noch sämtliche Inhalte von der Politik diktiert. Das Management selbst komme aus der Politik, sodass jedweder redaktionelle Inhalt nie gänzlich unabhängig sein könne. Zudem sei die Digitalisierung sehr kostenintensiv und Rumänien würde durch die allgemein schwierige finanzielle Lage auch in Bezug auf die Digitalisierung hinterherhinken. Ein weiteres großes Problem stelle der Mangel an Glaubwürdigkeit dar. Um wirklich eine Änderung herbeizuführen, benötige man neben einer Reform auch einen kompletten Wandel der Mentalität. Nur so könnten freie und unabhängige Medien in Zukunft zur Meinungsbildung beitragen.

Abschließend beschrieb Prof. Dr. *Dejan Milenković* aus Belgrad die Lage in Serbien. Er betonte, dass die Nationen Südosteuropas alle mit ähnlichen Problemen zu kämpfen hätten. Man habe sich um gute Mediengesetze bemüht, aber deren Umsetzung erweise sich in vielen Ländern als schwierig. In Serbien habe die Öffentlichkeit nicht den hohen Anspruch an die Medien, wie es beispielsweise in Deutschland der Fall sei. Das Problem in Serbien liege insbesondere darin, dass der erwünschte Standard aufgrund des herrschenden politischen Einflusses nicht erreicht werden könne. Da Serbien noch kein gänzlich demokratisches Land sei, brauche es wesentlich mehr Zeit, um einen Wandel herbeizuführen. Es sei ein Land im

Umbruch, das nur langsame Schritte in Richtung Demokratie unternehme. Dies habe vor allem mit der Bevölkerung selbst zu tun, die sich bedauerlicherweise dem Wandel gegenüber gleichgültig zeige, sodass in Serbien voraussichtlich weiterhin nur sehr langsam eine Besserung stattfinden könne.

Tag zwei: Der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Deutschland – (K)ein Modell für Europa?

Wie die aktuelle Situation in Deutschland ist und ob Deutschland ein Vorbild für andere EU-Staaten sein kann, erörterte Dr. *Frederik Ferreau*, Universität zu Köln, in einem Vortrag zu Beginn des zweiten Tages der Frankfurter Medienrechtstage. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk verfüge in Deutschland über elf verschiedene Rundfunkanstalten und sei damit ein riesiger Apparat in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft, erklärte Ferreau. Er umfasse zwanzig Fernsehsender und über siebenzig Hörfunkprogramme. Zudem seien im Rundfunk Onlineangebote eingeführt worden, die sich wesentlich an die junge Hörerschaft richteten.

Die Finanzierung werde zum größten Teil über die Rundfunkbeiträge von derzeit 18,36 EUR monatlich pro Haushalt sichergestellt. Nur ein geringer Teil stamme aus Werbeeinnahmen und Sponsoring. Diese Gewichtung sei vom Bundesverfassungsgericht so geregelt worden und solle sicherstellen, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk vom ökonomischen Markt unabhängig bleibt. Auch solle dadurch sichergestellt werden, dass die Anstalten vor dem Zugriff des Staates gesichert bleiben. Das Finanzierungsmodell werde durch die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) abgesichert. In dieser säßen sechzehn Sachverständige für sechzehn Bundesländer. Die Rundfunkanstalten würden ihren Finanzbedarf für vier Jahre anmelden. Die Kommission ermittle daraufhin die monatliche Gebühr. So werde die Höhe des Rundfunkbeitrags unabhängig und eben nicht durch die Politik bestimmt. Ein solches Finanzierungsmodell würde auf effektive Weise den Einfluss der Politik auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk begrenzen und wäre somit ein Vorbild für andere Staaten.

Der Auftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sei laut Bundesverfassungsgericht, gerade

in Zeiten der Digitalisierung mit ihrer Flut an Informationen eine Orientierung zu bieten. Dennoch sei dies derzeit in dieser Form kein Vorbild für andere Länder, da es aus *Ferreus* Sicht für eine Orientierungs- und Vielfaltsfunktion keiner solch große Anzahl an Sendern bedürfe, die auch viel Unterhaltungsprogramm wie Sport, Shows und Krimis anböten. Es wäre daher eher angemessen, diesen Anteil des Angebots zukünftig zu reduzieren. Für die tatsächliche Auswahl der Inhalte sei jeweils der Rundfunkrat einer Rundfunkanstalt verantwortlich, welcher sich aus verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen zusammensetze und auch den/die Intendanten/in wähle. Ziel sei dabei nicht allein die programmliche Kontrolle, sondern auch der Erhalt einer binnenpluralen Struktur des Programms.

Oliver Haustein-Teßmer, Chefredakteur der *Lautsitzer Rundschau*, verdeutlichte in einem zweiten Statement, wie kritisch es um den öffentlich-rechtlichen Rundfunk heute als Vorbild stehe. Seiner Ansicht nach entspreche das aktuelle Angebot des öffentlich-rechtlichen Rundfunks nicht mehr seinem ursprünglichen Auftrag. Mit seiner großen Anzahl an Unterhaltungsprogrammen trage er nicht mehr nur zur Informations- und Meinungsvielfalt bei. Ein fundamentaler Konflikt zeichne sich hierbei insbesondere im digitalen Journalismus ab. Da der öffentliche sowie der private Rundfunk und die Presse zunehmend online agierten und daher dieselbe Zielgruppe ansprächen, müsse von beiden Seiten viel unternommen werden, um online erfolgreich zu sein. Während die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks bereits vorab gesichert sei, sei die Presse auf bezahlte Onlineabonnements angewiesen.

Inhaltlich liege der Konflikt hauptsächlich darin, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk häufig Themen „nachdrehe“, die bereits kurz zuvor von Journalist*innen der privaten Verlage regional aufgegriffen wurden. Dies stelle einen eklatanten Grundkonflikt dar, der nur dadurch behoben werden könne, indem der öffentliche Rundfunk exklusiv eigene Wege beschreite und damit einen eindeutigen Mehrwert für die Gesellschaft biete. Eine Co-Existenz sei möglich, wenn ein angemessener Rechtsrahmen für die digitale Medienlandschaft entstünde, der zuvörderst die

Zusammenarbeit reguliere. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk könne lediglich dann ein wahres Vorbild für andere Staaten der EU sein, wenn sich der hohe Etat und das Überangebot reduziere und er sich dem digitalen Zeitalter anpasse.

Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Deutschland und Südosteuropa

Nach diesen Auftaktvorträgen diskutierten *Ferreau* und *Haustein-Teßmer* zusammen mit *Emil Georgiev* und *Hyrije Mehmeti*, moderiert von Prof. Dr. *Johannes Weberling*, Europa-Universität Viadrina, Resultate aus den Vorträgen und Diskussionen der 19. Frankfurter Medienrechtstage. Sie stellten fest, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Europa eine Zukunft habe und insbesondere mit seinen digitalen Angeboten auch weiter haben müsse. Dabei stelle die unabhängige Finanzierung in allen Ländern einen der wichtigsten Faktoren dar. Dennoch sei eine Anhebung der Budgets in den EU-Staaten kein Garant für mehr Selbstbestimmung der Sender. Voraussetzung sei ein Wandel in der Mentalität, der in jeder Hinsicht stattfinden müsse. Es müsse kritisch hinterfragt werden, was genau zum Auftrag der öffentlich-rechtlichen Sender gehöre und was nicht. Auch wenn die öffentlich-rechtlichen Sender, um relevant zu bleiben, mehr digitale Inhalte bereitstellen müssten, bestehe die reelle Gefahr, dass dies lokalen Nachrichtenredaktionen die Existenzgrundlage raubt. Hier müssten der Grundversorgungsauftrag und die Bewahrung der Medienvielfalt ausbalanciert werden. Es gelte, der Politik in ganz Europa bewusst zu machen, welch hohen Stellenwert der öffentlich-rechtliche Rundfunk für die Bevölkerung in allen Ländern habe und welche Bedeutung für eine funktionierende Demokratie.

Fazit

Johannes Weberling bedankte sich abschließend bei allen Gästen und Redner*innen und ergänzte, dass „wir in Europa in allen Ländern gute Gesetze benötigen“. Man benötige aber auch und vor allem Menschen mit Rückgrat, welche diese Gesetze auch umsetzen und dabei für die notwendige Transparenz sorgen. Nur so könne es einen freien und unabhängigen öffentlich-rechtlichen Rundfunk in einer freien demokratischen Gesellschaft geben.